

DA - Echo 28.08.19

# Weiterer Schritt zum Wohngebiet

## Mühltaler Gemeindevertretung beschließt Offenlage des Bebauungsplans für den Dornberg

Von Rebecca Keller

**MÜHLTAL.** Um kurz nach 22 Uhr war es soweit: Die Gemeindevertretung Mühlthal beschloss die Offenlage des geplanten Wohngebiets Dornberg auf dem Kerngelände der Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) – ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Baurecht. Offenlage heißt, dass in den nächsten vier Wochen Einwendungen schriftlich oder mündlich gegenüber der Verwaltung vorgebracht werden können. In 240 bis 260 Einheiten soll laut NRD auf dem Dornberg in den nächsten zehn Jahren Wohnraum für rund 600 Menschen geschaffen werden.

Frank Werthmann, Fraktionsvorsitzender der FDP, wog die Interessen von „300 Familien, die gerne eine Wohnung in Nieder-Ramstadt hätten“ gegen die „Bürger, die Angst um eine Zunahme des Verkehrs haben“ gegeneinander ab und sah „die Schaffung von Wohnraum als das höhere Gut an“. Matti Merker, Fraktionsvorsitzender der SPD, kritisierte das „Blockieren“ und sprach sich für gegenseitiges Zuhören aus. Dass man sich etwa auf 20 Prozent bezahlbaren und zehn Prozent sozialen Wohnraum habe einigen können, sei ein „Kompromiss in einem Mühlthal ohne Mehrheiten“. Falko-Holger Ostertag, Fraktionsvorsitzender der Mühltaler, hob die Chance des Baugebiets auch für „mittlere

Einkommen“ hervor. Auch wenn er dem Bebauungsplan inhaltlich grundsätzlich zustimmen würde, sei für Franz Fujara (Die Linke) jedoch das Verfahren und die Art, „wie mit dem Bürgerbegehren umgegangen wurde“, Grund, abzulehnen: „Der Zweck heiligt nicht die Mittel.“ Christoph Zwickler, Fraktionsvorsitzender von Fuchs, warf der Gemeindevertretung vor, sie fühle sich „mehr der NRD verpflichtet als 1668 Unterschriften für ein Bürgerbegehren“. Dieter Heymann (SPD) lobte das „vorbildliche Wohngebiet“, übte aber Kritik an der Rhetorik, die Befürworter in die Nähe der Kriminalisierung rücke.

Neun Änderungsanträge hatte Zwickler allein für Fuchs eingebracht, die jedoch abgelehnt wurden. Inhalte waren unter anderem die Forderung, die Offenlage erst nach Durchführung des Bürgerentscheids und nach Sicherstellung der Trinkwasserversorgung zu beschließen.

Beschlossen wurde am Ende die Empfehlung des Bauausschusses, in die Punkte wie die Rückhaltung von Niederschlagswasser, wenig aufheizende Fassaden, Zisternen und Mietergärten eingearbeitet worden waren. Ebenfalls stimmte die Gemeindevertretung dem SPD-Änderungsantrag zu, dass die 20 Prozent bezahlbarer Wohnraum ausschließlich aus Mietwohnungen bestehen sollen.